

# 1           **Positionspapier der nordhessischen Jusos**

## 2 3   **Am Atomausstieg festhalten! Den Umstieg auf** 4   **Erneuerbare Energien jetzt gestalten.** 5

### 6   **Der Ausstieg aus dem Atomausstieg**

7 Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant die Laufzeiten der Kernkraftwerke in  
8 Deutschland deutlich zu verlängern. Strittig ist derzeit bei CDU/CSU und FDP  
9 lediglich wie lange denn nun wirklich. Der Bundesumweltminister Norbert Röttgen  
10 plädiert für moderate Verlängerungen und lässt offen ob das 4, 6 oder 8 Jahre  
11 zusätzlich sind. Die Atomindustrie, Atomkraftbefürworter in der Union und FDP und  
12 Unionspolitiker in Bundesländern mit hoher Abhängigkeit von der Atomkraft - wie  
13 Bayern und Baden-Württemberg – wollen deutlich längere Laufzeiten erreichen. Im  
14 Gespräch sind laut Spiegel mindestens 14 Jahre mehr, für den stellvertretenden  
15 Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Michael  
16 Fuchs, sind laut ARD Laufzeitverlängerungen von bis zu 20 Jahren möglich.

17 Die Kernenergie ist in Deutschland ausschließlich eine Angelegenheit der großen  
18 vier Energieversorgungsunternehmen (EVU). Sie betreiben zu 99 Prozent die  
19 deutschen Kernkraftwerke und wollen mit Hilfe dieser Großkraftwerke ihre Oligopole  
20 sichern. Die Erneuerbaren Energien mit ihrem dezentralen Charakter bedrohen diese  
21 marktbeherrschende Stellung und die Gewinnmaximierung der  
22 Kernenergieunternehmen.

23 Die Atomwirtschaft, die noch vor 8 Jahren dem geregelten Ausstieg aus der  
24 Atomkraft vertraglich zugestimmt hat, arbeitet hinter den Kulissen fleißig daran,  
25 möglichst lange Laufzeitverlängerungen von der Bundesregierung geschenkt zu  
26 bekommen. Für sie geht es dabei um viel Geld, satte 84 Milliarden Euro an  
27 zusätzlichen Gewinnen sind laut Ex-Umweltminister Trittin durch eine  
28 Laufzeitverlängerung möglich. Die Landesbank Baden-Württemberg kommt in ihren  
29 Berechnungen auf 28 Milliarden Euro Bruttozusatzgewinne bei 10 Jahren  
30 Verlängerung und niedrigen Strompreisen. Bei 25 Jahren Laufzeitverlängerung und  
31 hohen Strompreisen steigen die Gewinne der Kernkraftwerksbetreiber auf bis zu 233  
32 Milliarden Euro.

33 Beide Seiten, Bundesregierung und die deutsche Atomwirtschaft, kündigen damit  
34 den sogenannten Atomkonsens auf, der seinen vertraglichen Niederschlag im

35 Atomausstiegsgesetz von 2002 gefunden hatte. Das Gesetz versuchte  
36 Rechtssicherheit durch einen vertraglichen Kompromiss zwischen den wenigen  
37 Atomkraftwerksbetreibern und ihren wirtschaftlichen Interessen und der Mehrheit der  
38 Bevölkerung, die seit Jahren stabil und unverändert einen Ausstieg aus der  
39 Kernenergie fordert, herzustellen. Diese verbindliche vertragliche Regelung hat den  
40 in Deutschland über zweieinhalb Jahrzehnte tobenden heftigen politischen Kampf um  
41 die Nutzung der Kernenergie deutlich entschärft. Die politische Alternative wäre  
42 damals ein sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie oder ein klarer ökonomischer  
43 Zwang zum Ausstieg gewesen. Dieser hätte z.B. durch eine Versicherungspflicht für  
44 Atomkraftwerke, eine Versteuerungspflicht für Rückstellungen oder eine  
45 Brennelementesteuer ausgeübt werden können.

46 Die politischen Mehrheiten dafür waren im Deutschen Bundestag klar vorhanden.  
47 Doch die rot-grüne Bundesregierung entschied sich damals bewusst für den Weg  
48 des Kompromisses mit den Kernkraftwerksbetreibern, um so langwierige gerichtliche  
49 Auseinandersetzungen zu vermeiden. Die Gegenleistung der Betreiber dafür war die  
50 vertragliche Garantie ihre Meiler nach Ablauf einer garantierten (Rest)-  
51 strommenge abzuschalten. Etwa im Jahr 2022 wären dann wahrscheinlich die letzten  
52 Atomkraftwerke vom Netz gegangen. Die Zahlen schwanken aber, da kein klares  
53 Enddatum für die Nutzung der Kernkraftwerke gesetzt wurde, sondern lediglich  
54 vertraglich feststand, wie viel Strom das jeweilige Kernkraftwerk noch produzieren  
55 darf. Da Reparatur- und Wartungszeiten nicht gezählt werden und  
56 Strommengenübertragungen von älteren, längst abgeschalteten Meilern auf jüngere  
57 vertraglich möglich sind, könnte der Betrieb der restlichen Atommeiler durchaus noch  
58 gestreckt werden. Genau von diesen Möglichkeiten versuchen die  
59 Atomkraftwerksbetreiber kräftig Gebrauch zu machen. Das führt zu solch absurden  
60 Manövern, dass RWE seinen vom Abschalten bedrohten alten Reaktoren Biblis A  
61 und B kurzerhand längere Reparaturzeiten verordnet und nach dem Wiederanfahren  
62 der Atommeiler dann Reststrommengen vom seit 22 Jahren abgeschalteten Meiler  
63 Mühlheim-Kärlich auf Biblis B (seit 1976 am Netz) übertrug und bei EON  
64 Reststrommengen vom abgeschalteten AKW Stade kaufte, um Biblis A, den ältesten  
65 Atommeiler Deutschlands, er produziert seit 1974 Strom, länger am Netz zu halten.  
66 Dass die Atomwirtschaft sich mit solcherlei Tricksereien nicht als vertragsfähig und  
67 vertrauenswürdig erweist, ist für die handelnden Akteure nebensächlich, ist das Ziel  
68 dieser Aktionen doch eindeutig: Die Meiler sollen so lange am Netz gehalten

69 werden, bis die politischen Verbündeten in der Bundesregierung die  
70 Laufzeitverlängerungen gesetzlich durchgedrückt haben. Schließlich verdient RWE  
71 mit den längst abgeschriebenen Meilern mindestens 1 Million Euro pro Kraftwerk pro  
72 Produktionstag.

73

#### 74 **Laufzeitverlängerungen behindern den Ausbau der Erneuerbaren Energien**

75 Die Folgen einer solchen Lobbyistenpolitik sind verheerend. Die geplante  
76 Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke über das jetzt schon problematische und im  
77 Atomausstiegsgesetz festgelegte Maß hinaus behindert massiv den Ausbau der  
78 Erneuerbaren Energien. Atomkraftwerke sind in der Regel Grundlastkraftwerke. Sie  
79 fahren mit gleicher Last, reagieren höchst träge auf Regeleingriffe und sind daher  
80 nicht flexibel einsetzbar. Ihr weiterer Einsatz beträchtlich über das Jahr 2020 hinaus,  
81 würde zu einer erheblichen Erschwernis der Netzintegration der Erneuerbaren  
82 Energien führen. Schon jetzt werden trotz gesetzlicher Vorrangregelung für die  
83 Erneuerbaren Energien in Spitzenwindzeiten teilweise Windkraftanlagen  
84 abgeschaltet, weil zu viele unflexible Grundlastkraftwerke am Netz sind. 23 Prozent  
85 der Bruttostromerzeugung in Deutschland stammten im Jahr 2009 aus  
86 Kernkraftwerken. Diese trugen zu ca. 50 Prozent zur Grundlast im deutschen  
87 Stromnetz bei. Die Konflikte bei einem weiter steigenden Anteil an Erneuerbaren  
88 Energien sind vorprogrammiert. Im Jahr 2009 betrug der Anteil der Erneuerbaren  
89 Energien an der deutschen Bruttostromerzeugung schon 15,6 %. Die  
90 Bundesregierung beabsichtigt ihn bis 2020 auf 30 Prozent zu erhöhen, im  
91 „Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien“, der erst vor Kurzem vom  
92 Bundeskabinett verabschiedet wurde, heißt es sogar, dass die erneuerbaren  
93 Energien im Jahr 2020 an der Stromversorgung schon einen Anteil von 38,6 Prozent  
94 erreichen könnten.

95 Der Bundesverband Erneuerbarer Energien (BEE) prognostiziert dagegen, dass im  
96 Jahr 2020 schon 47 % des deutschen Gesamtstromverbrauchs durch Erneuerbare  
97 Energien gedeckt werden. Diese Zahlen verdeutlichen eindeutig, dass die  
98 Atomenergie keine Brückentechnologie, sondern eine Barrierentechnologie darstellt.  
99 Der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke würde faktisch die Erneuerbaren Energien  
100 ausbremsen. Damit wird der Umwelt ein weiterer Bärendienst erwiesen und darüber  
101 hinaus der technologische Vorsprung bei den erneuerbaren Energien in Deutschland

102 gefährdet. Deswegen fordern wir eindringlich, dass am Atomausstieg nicht gerüttelt  
103 wird. Spätestens 2022 müssen alle Atomkraftwerke vom Netz gehen.

104

### 105 **Laufzeitverlängerung kostet Arbeitsplätze**

106 Im Jahr 2009 waren über 300.000 Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien  
107 in Deutschland beschäftigt. Innerhalb von 5 Jahren ist die Beschäftigtenzahl um  
108 140.000 Personen angestiegen, im Jahr 2004 waren es noch 160.500 Beschäftigte.

109 Das Branchenziel für das Jahr 2020 ist 500.000 Arbeitsplätze. Die Erneuerbaren-  
110 Energien-Branche ist damit neben der Pflegebranche der Wirtschaftsbereich, der den  
111 größten Zuwachs an Arbeitsplätzen in Deutschland hat.

112 Zum Vergleich: In der Kernenergiebranche waren 2008 nur noch 30.000 Personen  
113 beschäftigt. Tendenz sinkend.

114 Eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke würde also einen der  
115 entscheidenden Jobmotoren Deutschlands massiv in seiner positiven Entwicklung  
116 beeinträchtigen. Der Ausstieg aus dem Atomausstieg gefährdet damit massiv  
117 Arbeitsplätze. Auch deswegen bleiben wir dabei: Spätestens 2022 müssen alle  
118 Atomkraftwerke vom Netz gehen.

119

### 120 **Faktische Verlängerung der Kohlekraftwerke droht!**

121 CDU/CSU, FDP und die Atomwirtschaft sind seit einigen Jahren eifrig damit  
122 beschäftigt, die umwelt- und menschenfeindlichste Technologie der Erde „grün zu  
123 waschen“. Im Zuge einer verengten Sicht auf den CO2-Ausstoß mutieren  
124 lebensgefährliche Atomkraftwerke nun auf einmal zu Anlagen des Klimaschutzes.

125 Sie werden im CO2-Handel als emissionsfrei geführt und ihr Strom gilt damit als CO2  
126 frei. Tatsache ist allerdings, dass Kernkraftwerke auf keinen Fall klimaneutral sind.

127 Die Uranvorräte der Erde sind begrenzt und werden nach derzeitigem Stand noch  
128 weit vor dem Öl enden. Der Abbau von Uran wird immer schwieriger und dabei wird

129 ein immer größerer CO2 Einsatz vonnöten. Und natürlich berücksichtigt die  
130 Atomindustrie auch nicht den CO2 Aufwand für die dauerhafte Lagerung und

131 Bewachung des Atommülls. Atomenergie ist das Gegenteil von nachhaltiger Energie.

132 Eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke hätte auch eine verheerende Wirkung

133 auf den CO2 Handel in Europa. Wie eine Studie des Öko-Instituts aus dem Jahr

134 2009 aufzeigt, würde das Überangebot als CO2-frei bezeichnetem Strom, die Preise

135 für CO2-Zertifikate ins Bodenlose stürzen lassen. Der gewünschte Anpassungsdruck

136 bei Kohlekraftwerken, die erheblich CO2 emittieren, würde verschwinden. Die Folge  
137 wäre faktisch eine weitere Laufzeitverlängerung der Kohlekraftwerke. Diese sind  
138 ähnlich wie Kernkraftwerke nicht flexibel zu regeln und dienen in Deutschland  
139 hauptsächlich als Grundlast oder Mittellastkraftwerke.

140 Damit würden sich die Probleme bei der Netzintegration der Erneuerbaren Energien  
141 noch einmal deutlich verschärfen.

142 Für uns ist klar, dass neben dem Atomausstieg auch aus der Kohlekraft langfristig  
143 ausgestiegen werden muss. Kohlekraft ist umweltfeindlich, klimaschädlich und als  
144 fossiler Brennstoff ebenfalls endlich. Wir lehnen den Neubau von  
145 Kohlegroßkraftwerken daher konsequent ab.

146

#### 147 **Ungeklärte Fragen: Abfall, Endlagerung und GAU-Risiko**

148 Der wesentliche Nachteil von Kernkraftwerken liegt vor allem im hohen  
149 Sicherheitsrisiko für Mensch und Natur. Bei keinem anderen Großkraftwerk besteht  
150 ein so hohes Risiko. Verunglücken sie, gibt es gar einen größten anzunehmenden  
151 Unfall (GAU), ist der Schaden nicht mehr rückholbar. Menschen, Tiere und ganze  
152 Landschaften würden im Falle eines GAU oder Super-GAUs verstrahlt werden.

153 Die Folgen eines solchen Unglücks sind seit 1986 im ukrainischen Tschernobyl zu  
154 beobachten.

155 Schon im Jahr 1992 errechnete das Prognos-Institut in einer Studie für das  
156 Bundeswirtschaftministerium, dass ein Super-GAU in einem deutschen Atomkraftwerk  
157 Schäden in Höhe von 2.500 bis 5.500 Milliarden Euro verursachen würde.

158 Eine Deckungsvorsorge (etwa über eine Haftpflichtversicherung) müssen die AKW-  
159 Betreiber indes nur über 2,5 Milliarden Euro nachweisen. Weitere 300 Millionen Euro  
160 Schadensersatz garantieren die Vertragsstaaten des Pariser  
161 Atomhaftungsübereinkommens. Formal haften in Deutschland die AKW-Betreiber  
162 (bzw. deren Mutterkonzerne) darüber hinaus unbegrenzt mit ihrem gesamten  
163 Konzernvermögen für die Folgen von Atomunfällen. Im Vergleich zu einer möglichen  
164 Schadenshöhe von 2.500 bis 5.500 Milliarden Euro ist aber auch das nicht mehr als  
165 ein Tropfen auf den heißen Stein: Das Eigenkapital von RWE etwa beträgt um die 13  
166 Milliarden Euro, das von E.on etwa 38 Milliarden Euro, das von EnBW gut 5  
167 Milliarden Euro. Kommt es zu einem schweren Atomunfall, können also nur 0,12 %  
168 bis 1,6 % der Schäden ersetzt werden. Die Kernkraftwerksbetreiber setzen also im  
169 Zweifelsfalle auf die Haftung durch den Staat und damit auf den Steuerzahler. Nur so

170 kann diese Technologie überhaupt betrieben werden. Müssten die  
171 Kernkraftwerksbetreiber die Atomkraftwerke in einer realistischen Höhe gegen einen  
172 Super-Gau versichern, würde die Atomenergie wirtschaftlich uninteressant werden.  
173 Keine Versicherungsgesellschaft will für einen Super-Gau haften, die Kosten einer  
174 solchen Police wären unbezahlbar. Wir meinen, es kann nicht angehen, dass für von  
175 der Atomwirtschaft verursachte Fehler im Zweifelsfalle der Steuerzahler haften muss.  
176 Bei jeder privaten Haftpflichtversicherung geht man von einer realistischen  
177 Schadenshöhe aus, wieso sollten die AKW-Betreiber hier bessergestellt sein.

178

179 Aber nicht nur im Falle eines Unfalls sind Kernkraftwerke ein unkalkulierbares Risiko,  
180 sie produzieren auch im Normalbetrieb hochradioaktiven Abfall, von denen Teile über  
181 1 Million Jahre lang strahlen (z.b. beträgt die Halbwertszeit von Jod-129 17 Millionen  
182 Jahre). Seit Beginn der Kernspaltung im ersten deutschen Atomreaktor FRM I im  
183 Jahr 1957 wurde bis Ende 2007 rund 12.500.000 Kilogramm tödlich strahlender  
184 Brennelementmüll erzeugt. Noch kein Kilo Kernbrennstoff wurde entsorgt. Alles  
185 wurde und wird in drei zentralen oberirdischen Zwischenlagern in Gorleben, Ahaus  
186 und Greifswald und in dreizehn AKW-Standort-Zwischenlagern abgestellt. Bis zur  
187 nach bisherigem Atomrecht geplanten Abschaltung des letzten Atomkraftwerkes im  
188 Jahr 2022 fallen circa weitere 4800 Tonnen an. Bei jedem Jahr Laufzeitverlängerung  
189 kämen 450 Tonnen hinzu. Es gibt nach wie vor auch keine Endlager für  
190 hochradioaktive Stoffe, nirgendwo auf der Welt. Die notwendige Lagerzeit beträgt  
191 mehrere Millionen Jahre. Zeiträume, für die kein Geologe eine sichere Lagerstätte  
192 wirklich garantieren kann und die jedweden politischen Verantwortungsrahmen  
193 sprengen.

194 Zwar muss die Atomindustrie Rücklagen für den Rückbau von Kernkraftwerken  
195 bilden, die übrigens auch noch steuerfrei sind, aber das Risiko der Entsorgung trägt  
196 im Zweifelsfalle der Steuerzahler, wie die Vorfälle um die Sanierung der  
197 abgesoffenen Forschungslagerstätte Asse zeigen. Voraussichtlich 6 Milliarden Euro  
198 muss nun der Steuerzahler für das gescheiterte Endlagerexperiment zahlen.

199 Wir meinen, damit muss Schluss sein und fordern deshalb eine ausreichende und  
200 umfassende Versicherungspflicht für jedes einzelne Atomkraftwerk, die Verpflichtung  
201 sämtliche Lagerkosten für den radioaktiven Müll zu übernehmen, eine  
202 Versteuerungspflicht für Rückstellungen und die Einführung einer  
203 Brennelementesteuer.

## 204 **Die tatsächlichen Kosten der Atomenergie**

205 Die Atomwirtschaft stellt die Atomenergie stets als eine quasi subventionsfreie,  
206 marktfähige und sehr kostengünstige Technologie dar, während sie nicht müde wird  
207 die angeblich zu hohen Subventionen für die Erneuerbaren Energien und deren  
208 mangelnde Marktfähigkeit zu beklagen. Die Realität zeichnet natürlich ein ganz  
209 anderes Bild. Weder sind die Atomkraftwerke ausreichend gegen einen Super-Gau  
210 versichert, noch tragen die Kernkraftwerksbetreiber die vollen Kosten für ihre  
211 atomaren Abfälle. Die Kernenergie ist die einzige Energiequelle, die noch  
212 hunderttausende Jahre nach ihrer Nutzung Kosten verursacht (Endlagerstätten,  
213 Bewachung). Das alles sind Kosten, welche die Erneuerbaren Energien nicht  
214 verursachen, Kosten für die der Staat und damit der Steuerzahler haften darf. Aber  
215 auch darüber hinaus wird die Kernenergie seit Jahrzehnten subventioniert, wenn  
216 man die Finanzhilfen, Steuervergünstigungen und den CO2-Emmissionshandel  
217 betrachtet. In 2009 betrug laut einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale  
218 Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag von Greenpeace die reale Förderung der  
219 Atomenergie in Deutschland 6,2 Milliarden Euro. Auch die umweltfeindlichen  
220 Energieträger Steinkohle (7,1 Milliarden Euro) und Braunkohle (3 Milliarden Euro)  
221 wurden staatlich gefördert. Die Förderung der Erneuerbaren Energien über das  
222 Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) beträgt in 2010 voraussichtlich 8 Milliarden  
223 Euro, ist also nur unwesentlich höher als die der Atomkraft und wenn man die  
224 umweltfeindlichen Energieträger Kohle und Atom zusammen rechnet, dann beträgt  
225 sie weniger als die Hälfte der Förderung dieser Energieträger und die  
226 Einspeisevergütung sinkt kontinuierlich, von Jahr zu Jahr. Sie dient lediglich einer  
227 erleichterten Markteinführung. Eine Förderung, die die Atomtechnologie durch riesige  
228 staatliche Subventionen in den 50-iger, 60-iger und 70-iger-Jahren wie  
229 selbstverständlich erhalten hat. Ohne sie wäre in Deutschland nicht ein  
230 Atomkraftwerk gebaut worden. Eine Tatsache, welche die Atombranche gerne  
231 verschweigt.

232 Wenn die Kernenergie angeblich so preiswert und marktfähig ist, dann stellt sich  
233 doch die Frage, warum derzeit kein AKW-Betreiber in Deutschland ein neues  
234 Atomkraftwerk bauen will. Die Wahrheit ist, ein solcher Neubau wäre wirtschaftlich in  
235 Deutschland schlicht unrentabel, weil andere Energiequellen günstiger Strom  
236 produzieren können. Auch deswegen wollen die vier großen EVUs ihre alten  
237 Atommeiler weiter betreiben. Sind diese doch längst abgeschrieben.

238 Wir meinen, es muss Schluss sein mit der Förderung und Begünstigung der  
239 Kernenergie. Sie ist eine Technologie von gestern, den Erneuerbaren Energien  
240 gehört die Zukunft.

241

#### 242 **Proliferation, Anschlagrisiko**

243 Ungeklärt ist auch wie Kernkraftwerke gegen terroristische und andere Angriffe  
244 verteidigt werden können. Gerade hier bestehen insbesondere bei Biblis starke  
245 Sicherheitsprobleme. Kernenergie beinhaltet zudem aufgrund der Waffenfähigkeit  
246 von hochangereichertem Uran ein internationales Sicherheitsdilemma, es besteht  
247 das Risiko der Weiterverbreitung von atomwaffenfähigem Material (sog.  
248 Proliferation). Besonders brisant ist daher auch, wenn deutsche Firmen, wie z.B. der  
249 Atombauer Siemens, versuchen Kernreaktoren in unsichere Schwellen- und  
250 Entwicklungsländer zu exportieren. In der Vergangenheit wurden solche  
251 Atomtechnik-Exporte von der Bundesregierung durch Hermes-Bürgschaften  
252 gesichert. Dies ermöglichte u.a. auch den Aufbau des iranischen Atomprogramms.  
253 Im Jahr 2001 hatte die rot-grüne Bundesregierung diese Praxis beendet und  
254 Nukleartechnologien zum Neubau beziehungsweise zur Umrüstung von  
255 Atomanlagen explizit von der Exportförderung ausgeschlossen. Auch dieses soll laut  
256 einem Bericht des Handelsblatts von November 2009 von der schwarz-gelben  
257 Bundesregierung geändert werden. Sie wollen für Atomexporte wieder Hermes-  
258 Bürgschaften vergeben.

259 Wir meinen, das ist ein Skandal und fordern die Bundesregierung auf, den Export  
260 von Nukleartechnologie nicht durch Hermes-Bürgschaften abzusichern.

261

#### 262 **Atomkraft trägt nicht zur Energieautonomie bei**

263 Uran ist kein massenhaft bei uns vorkommender Rohstoff. Er muss für den Betrieb  
264 der Kernkraftwerke importiert werden. Deutschland ist laut einem Bericht des  
265 Bundesumweltministeriums aus dem Jahr 2006 („Atomkraft: Ein teurer Irrweg. Die  
266 Mythen der Atomwirtschaft“) bei der Atomenergie zu 100 Prozent abhängig von  
267 Uranimporten. Und dieses Material kommt zum Teil aus höchst unsicheren und nicht  
268 gerade demokratischen Ländern. Nach Informationen der Internationale Ärzte für die  
269 Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) verschleiern  
270 die deutsche Bundesregierung und die EURATOM Supply Agency die Herkunft des  
271 Urans, das für den Betrieb deutscher Atomkraftwerke genutzt wird. Zwar lassen sich



272 anhand des Datenmaterials die Lieferländer nachvollziehen, nicht aber die  
273 Ursprungsländer.

274 Im Jahr 2009 wurde nach Angaben von Eurostat 45 % des Urans aus Frankreich  
275 bezogen, 41 % aus Großbritannien, 11 % aus den USA und 3 % aus Kanada.  
276 Frankreich und Großbritannien verfügen jedoch über keine eigenen Uranvorräte.  
277 Während Großbritannien die Herkunft des Urans geheim hält, importiert Frankreich  
278 einen großen Anteil seines Natururans aus dem Niger, wo grobe  
279 Menschenrechtsverletzungen und massive Umweltzerstörung stattfinden.

280 Wir fordern deshalb, die Einfuhr von Uran aus Ländern, in denen Umwelt- und  
281 Sozialstandards massiv verletzt werden, zu verbieten.

282

### 283 **Desertec, ein Weg? Kein Weg!**

284 Die deutschen Stromgroßkonzerne planen in Nordafrika ein gigantisches  
285 Solarprojekt. Es sollen Solarthermie-Anlagen in der nordafrikanischen Wüste gebaut  
286 werden. Der Strom dieser Anlagen soll dann per Leitung nach Europa transportiert  
287 werden. Starten soll dieses Projekt im Jahr 2015. Endgültig fertig ausgebaut sein soll  
288 es im Jahr 2050. Dann sollen 15 % des europäischen Energiebedarfs durch  
289 Desertec gedeckt werden.

290 Mal abgesehen von den zu erwartenden Übertragungsverlusten bei einem Transport  
291 von Strom über solch lange Strecken, sind bis heute nicht die Sicherheitsfragen  
292 gelöst. Wie schützt man eine solch gigantische Anlage in einem Krisengebiet  
293 (Unruhen, islamistische Aufstände und Terrorakte, keine demokratischen  
294 Regierungen)? Wie kann man Anschläge auf solch attraktive, neokolonialistische  
295 Ziele verhindern? Fragen, die dann für die Energiesicherheit von Europa von  
296 eminenter Wichtigkeit wären. Auch die Umsetzungsphase bis 2050 ist viel zu lang.  
297 Schon 2020 können wir in Deutschland durch dezentrale und selbst erzeugte  
298 Energie 47 Prozent unseres Strombedarfs decken, wozu brauchen wir da ein solches  
299 Großprojekt?!

300 Wir meinen, Desertec ist kein Weg zur Lösung der europäischen Energiefragen. Es  
301 ist eine konsequente Fortsetzung der Kolonialpolitik der Vergangenheit. Es erzeugt  
302 keinerlei regionale Wertschöpfung und hilft weder Afrika noch Europa. Es soll  
303 lediglich die zentralistischen deutschen Stromstrukturen konservieren und den vier  
304 großen EVUs auch zukünftig ihre Oligopole und damit ihre exorbitanten Gewinne  
305 sichern. Die Stromkunden und die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wären die

306 Verlierer eines solchen Projekts. Sie haben durch die Umstellung auf Erneuerbare  
307 Energien in Deutschland weitaus mehr zu gewinnen. Werden diese doch dezentral  
308 vor Ort erzeugt und lösen eine regionale Wertschöpfung aus.

309

### 310 **Neue Netzarchitektur erforderlich**

311 Um den steigenden Anteil an Erneuerbaren Energien im Stromnetz aufnehmen zu  
312 können, ist eine komplett andere Netzarchitektur erforderlich. Das Stromnetz und die  
313 Steuerungstechniken müssen konsequent ausgebaut werden. Unflexible Kernkraft-  
314 und Kohlekraftwerke, die lange Anfahrtszeiten und Betriebszeiten benötigen, sind mit  
315 dem Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht vereinbar. Es ist daher notwendig,  
316 dass der Anteil an diesen unflexiblen Großkraftwerken deutlich sinkt, da der hohe  
317 Anteil an Erneuerbaren Energien stark fluktuieren wird (Wetterabhängigkeit). Die  
318 Strombereitstellung muss sich in Zukunft nicht mehr an Grundlast und Spitzenlast  
319 orientieren, sondern am jederzeitigen Abgleich von Angebot und Nachfrage.  
320 Grundlast im herkömmlichen Sinne wird es dann nicht mehr geben. Notwendig sind  
321 flexible Kraftwerke mit hoher Regelbarkeit (Mindest-Stillstandzeiten, Anfahrtsdauer,  
322 Mindest-Betriebszeiten), ein Laststeuerungsmanagement (intelligente Stromzähler,  
323 Smart-Grid), der Ausbau der Stromnetze (Nord-Süd-Trasse, Verstärkung der  
324 Netzkuppelstellen mit dem Ausland, Super-Grid), kleine dezentrale  
325 Erzeugungsanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung, die Einführung sog. virtueller  
326 Kraftwerke (Zusammenschaltung von kleinen, dezentralen Stromerzeugern zu einem  
327 Verbund, der disponible Kraftwerksleistung aus Großkraftwerken ersetzen kann) und  
328 der Ausbau von Stromspeichern sowie von Wärmenetzen für die Wärmeversorgung.

329

### 330 **Regionale Bedeutung der Erneuerbaren Energien**

331 Für Nordhessen sind die Erneuerbaren Energien von großer Bedeutung für den  
332 Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Zukunft. Nordhessen ist die Solarregion in  
333 Hessen. Bei einem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien sind laut der  
334 Studie "Nordhessen 2020. Dezentrale Energie und Arbeit" des Kompetenznetzwerks  
335 Dezentrale Energietechnologien (deENet) der Aufbau von über 20.000  
336 Arbeitsplätzen im Bereich dezentraler und erneuerbarer Energie- und  
337 Effizienztechnik in Nordhessen bis zum Jahr 2020 möglich. Dezentrale  
338 Energietechnik und Energieeffizienz können damit laut deEnet langfristig  
339 Nordhessens wichtigster Wirtschaftssektor werden und somit eine ähnliche Rolle

340 einnehmen, wie sie heute die Automobilindustrie hat. Nordhessische Firmen wie  
341 Kirchner Solar Group (Alheim), Wagner & Co Solartechnik (Cölbe), SMA Solar  
342 Technology AG (Niestetal/Kassel), Solartechnik Stiens (Kaufungen) und Bluetec  
343 (Bad Karlshafen) stellen die Zukunft der Region dar, sie sind internationale Spitze.  
344 Der Boom der Erneuerbaren Energien sichert und schafft auch neue Arbeitsplätze  
345 beim regionalen Handwerk, das die Anlagen installiert.  
346 Und mit dem Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES),  
347 vormals ISET, das als An-Institut aus der Universität Kassel entwickelt wurde, hat  
348 eines der deutschen und internationalen Topforschungsinstitute im Bereich der  
349 Erneuerbaren Energien seinen Sitz in Nordhessen. Hinzu kommt die  
350 wissenschaftliche Arbeit des deENet, das seit 2003 als Unternehmens- und  
351 Forschungsnetzwerk auf dem Gebiet der dezentralen Energietechnik und  
352 Energieeffizienz forscht und die wissenschaftliche Grundlagenforschung an der  
353 Universität Kassel. Nordhessen vereint damit wissenschaftliche Kompetenz und die  
354 Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in Produkte und Dienstleistungen  
355 direkt vor Ort.  
356 Die Region hat mit einem Ausstieg aus der Atomenergie also viel zu gewinnen, mit  
357 einer Verlängerung der Atomlaufzeiten aber auch viel zu verlieren.

358

### 359 **Systementscheidung: Für dezentrale Energieerzeugung**

360 Die Stromerzeugung in Deutschland steht also am Scheideweg. Entweder setzen wir  
361 weiterhin auf Atom und Kohlekraftwerke, die nur von wenigen Anbietern zentral  
362 betrieben werden, oder wir bauen die Erneuerbaren Energien aus und schalten die  
363 Atomkraftwerke und viele Kohlekraftwerke nach und nach ab. Das hat auch den  
364 positiven Effekt, dass die Abhängigkeit von einigen, wenigen Kraftwerksbetreibern  
365 beseitigt wird. 82 Prozent der deutschen Kraftwerkskapazitäten sind derzeit in der  
366 Hand der vier Oligopolisten (RWE, EON, Vattenfall, EnBW).  
367 Mit den Erneuerbaren Energien, die dezentral erzeugt werden, kann jeder Bürger  
368 (z.B. über Photovoltaik) selber Stromerzeuger werden. Die insgesamt dann  
369 erforderlichen zahlreicheren, kleineren Anlagen sind auch die Möglichkeit für  
370 kommunale Stadtwerke unabhängig von den vier großen EVUs bei der  
371 Stromerzeugung zu werden. Für die Verbraucher heißt das, dass mehr Anbieter auf  
372 dem Markt dann auch mehr Konkurrenz und damit langfristig einen niedrigeren  
373 Strompreis bedeuten. Es ist also eine klassische Win/Win-Situation für die Bürger.

374 Dies alles bedeutet, ein Mehr an Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger und  
375 somit auch mehr Demokratie!  
376 Daher lautet unser Ziel, Deutschland so schnell wie möglich solidarisch, gerecht und  
377 sozial auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umzustellen.  
378 Es wird Zeit, dass wir die Energiewende konsequent angehen. Sie bedeutet mehr  
379 Energiesicherheit, mehr Demokratie, mehr dezentrale Entscheidungen, mehr  
380 Einfluss für die Bürger vor Ort und vor allem einen erheblichen Beitrag zu einer  
381 intakten Umwelt. Packen wir es an!  
382